



Für Kinder und Eltern soll die Kita im Kiefernweg künftig da sein. Werden heute nur die Steppkes betreut, ist künftig eine umfangreichere Nutzung der Einrichtung geplant.

Kleiderkammer bei „Kiefernzwergen“

DRK will Kita übernehmen und für Angebote im Wohngebiet öffnen

Beeskow (ima) Das Deutsche Rote Kreuz soll die Kindertagesstätte „Kiefernzwerg“ künftig betreiben. Das haben die Abgeordneten des Haupt- und Finanzausschusses den Stadtverordneten vorgeschlagen, die darüber auf ihrer nächsten Sitzung entscheiden.

Das DRK Beeskow hatte in diesem Jahr bereits die Einrichtung „Biene Maja“ in der Rathenaustraße als 50. DRK-Kita im Lande Brandenburg übernommen. Dort werden auch behinderte Kinder betreut. In dem modernen Flachbau im Neubaugebiet Kiefernweg sollen nach Vorstellungen des DRK nicht mehr nur Jungen und Mädchen spielen. Das Rote Kreuz will hier auch für Senioren aus dem Wohngebiet da sein, eventuell sogar eine Kleiderkammer eröffnen,

um den Leuten den Weg in die Rouanetstraße abzunehmen.

In der Kita würden weiter Krippen- und Kindergartenkinder, später auch Schüler aus dem Hort untergebracht, erklärte Kita-Chefin Ramona Ludwig. Angesichts sinkenden Bedarfs an Betreuungsplätzen hat die Kita vor, sich dem Wohngebiet zu öffnen: Mutter-und-Kind-Turnen für Frauen aus dem Baby-Jahr könnte man anbieten, meint Ramona Ludwig. In der Hauptsache aber wollen die Erzieherinnen Freizeitangebote für die Jungen und Mädchen aus dem Wohngebiet schaffen, eine offene Arbeit organisieren.

Außerdem stimmten die Abgeordneten des Haupt- und Finanzausschusses zu, die „Spreespatzen“ in

der Fontanestraße aus städtischen Händen in die des Diakonischen Werkes zu geben. Falls die Stadt die Kita II schließt, wären dann sämtliche ehemals kommunalen Einrichtungen in freier Trägerschaft. Eine Ausnahme bildet lediglich die Schneeberger Kita, die durch die Eingemeindung zur Kreisstadt gehört. Die Kommune beteiligt sich zwar weiter an den Kosten für Materialien, Instandhaltung und Personal, spart aber Verwaltungskosten ein. Bürgermeister Taschenberger sprach von einer Stelle in der Verwaltung, die dadurch abgebaut würde. Daß die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Betreuungsplätzen in der Stadt erhalten bleibt, müssen auch die freien Träger sichern.